



Broemme meint

Cyber-Resilienz

(BS) Der Katastrophenschützer kennt Unwetter, Stürme und immer öfter auch Hitze mit Trockenheit. Cyber ist hingegen eine virtuelle neuere Gefahr. Wer schon mal von einem Cyber-Angriff betroffen war, kennt das Szenario und war meistens nicht hinreichend darauf vorbereitet. Bisher hatten Cyber-Angriffe meist einen kriminellen Hintergrund, um Lösegelder in enormer Höhe zu erpressen.

Am 19. Juli ereignete sich der wahrscheinlich weltweit größte IT-Zwischenfall bisher, der vermutlich auch ungeahnte Schäden verursacht hat. Dem Vernehmen nach gab es nach einem Sicherheitsupdate von CrowdStrike Probleme bei vielen Microsoft-Rechnern. Nach Angaben von Microsoft seien zwar nur wenige Prozent der weltweiten verbreiteten Rechner betroffen gewesen, dennoch war es ein Weckruf bei den Fachleuten.

Die in Kürze in tretende NIS2-Richtlinie der Europäischen Union wird hoffentlich in vielen Bereichen die Cyber-Sicherheit verbessern. Möge es gelingen, den Problemen nicht nur hinterherzuhinken.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

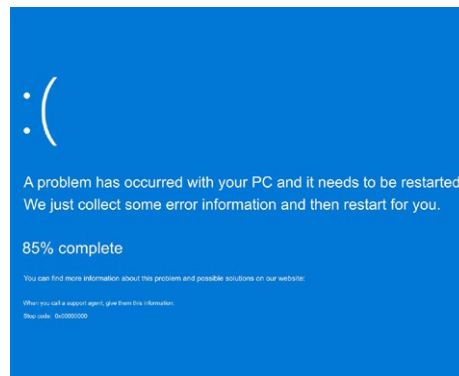
Systemcrash trifft KRITIS weltweit

(BS) Flughäfen stellten den Flugverkehr ein. Krankenhäuser sagten Operationen ab. Banken, Medienhäuser und auch die Verwaltung waren betroffen. Immerhin: Es war kein Cyber-Angriff, der zum für viele IT-Fachleute größten IT-Ausfall der Geschichte führte. Doch die globalen Auswirkungen der CrowdStrike-Panne zeigen ein systemimmanentes Risiko: die Konzentration vieler Einrichtungen auf wenige IT-Service-Anbieter. Auch die Sicherheit von Clouds steht wieder im Fokus.

Ein Planet hat den Blues: Auf vielen großen und kleinen Bildschirmen der Welt erschien am Freitag, den 19. Juli 2024, der „Blue Screen of Death“ („Blauer Bildschirm des Todes“). Auf Microsoft-typischem Blau war ein trauriges Smiley zu sehen, gefolgt von einem Warnhinweis: Your PC ran into a problem that it couldn't handle, and now it needs to restart.

Die betroffenen Computer sollten also neu gestartet werden, um das technische Problem zu beheben. Das Problem des Problems: Der Fehler war Teil des Startvorgangs selbst und die Systeme somit im Loop gefangen. Spätestens da war klar, dass die Auswirkungen weitreichend sein würden: Schätzungsweise 8,5 Millionen mit Windows betriebene Geräte seien betroffen, wie Microsoft am Tag nach dem IT-Crash verlauten ließ. Das seien nur rund ein Prozent aller weltweiten Rechner. Der Großteil davon gehört allerdings zu Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen, denn die verursachende Sicherheitssoftware wird selten von Privatkunden genutzt.

Diese Sicherheitssoftware ist „Falcon Sensor“ vom Unternehmen CrowdStrike Holdings, Inc. mit Sitz in Austin, Texas, USA. Ein fehlerhaftes Update von Falcon Sensor war in Umlauf gebracht worden und hatte



Der „Blue Screen of Death“ zeigt an, dass IT-Systeme nicht korrekt arbeiten können.

Foto: BS/Darius Murawski, stock.adobe.com/de

zu den Ausfällen geführt. Weltweit waren Kritische Infrastrukturen (KRITIS) betroffen. In den AGBs des Unternehmens selbst heißt es: „Die CrowdStrike-Angebote und CrowdStrike-Tools sind nicht fehlertolerant und nicht für den Einsatz in gefährlichen Umgebungen ausgelegt oder vorgesehen, die eine ausfallsichere Leistung oder einen ausfallsicheren Betrieb erfordern.“ Dass Menschen durch das IT-Versagen zu Schaden kamen, ist bislang nicht bekannt.

Cloud-Probleme wie diese lassen die Rufe nach mehr Unabhängigkeit und Open-Source wieder lauter werden. Für den Digitalpolitiker Konstantin von Notz, Stellvertreter der Fraktionsvorsitzender der Grünen, ist „offenkundig, dass bestehende Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern viel zu groß sind“. Von Notz fordert zudem ein KRITIS-Dachgesetz sowie im Bundeshaushalt mehr finanzielle Mittel für IT-Sicherheit. Die Zeitenwende müsse „endlich auch beim effektiven Schutz unserer Kritischen Infrastrukturen“ ankommen.

Die KRITIS scheinen dieses Mal im wahren Sinne des Wortes mit einem blauen Auge davongekommen zu sein.

Kürzere Arbeitszeiten im Rettungsdienst

(BS) Kräfte des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Baden-Württemberg müssen zukünftig kürzer arbeiten. Darauf haben sich der ASB Baden-Württemberg und die Gewerkschaft ver.di nach mehreren Verhandlungsrunden geeinigt.

Die Einigung sieht vor, ab dem nächsten Jahr die Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden und ab 2027 auf 38,5 Wochenstunden zu reduzieren. Zusätzlich können alle Beschäftigten beim ASB ab dem 55. Lebensjahr künftig einen Antrag auf Befreiung von Nacharbeit stellen. Damit soll der zunehmenden belastenden Arbeit Rechnung getragen werden, um so Beschäftigte besser bis zum Ren-



Die Arbeit von ASB-Kräften in Baden-Württemberg wird reduziert.

Foto: BS/LMoonlight, pixabay.com

teneintrittsalter im Rettungsdienst und in der Pflege halten zu können. Beide Seiten verpflichten sich zudem, ab November dieses Jahres weitergehende Gespräche zur Entlastung langjähriger Beschäftigter zu führen.

„Es braucht kürzere Arbeitszeiten“

„Unser Hauptfokus lag auf der noch immer geltenden Höchstarbeitszeit von aktuell 45 Stunden pro Woche im Rettungsdienst. Die Arbeit im Rettungsdienst ist physisch als auch psychisch belastend, daher sind verlängerte Arbeitszeiten eine wesentliche Belastung dieses Berufes. Um die Arbeit im Rettungsdienst attraktiver zu machen, braucht es Entlastung. Es braucht kürzere Arbeitszeiten“, so die ver.di-Verhandlungsführerin Yvonne Baumann.

Der ASB sah auch die Notwendigkeit die Arbeitszeit zu reduzieren, wollte jedoch auch, dass die Möglichkeit zur Öffnung für 24-Stunden-Dienste besteht. „Es ist für uns wichtig, dass wir den Wünschen unserer Kolleginnen und Kollegen im Rettungsdienst Rechnung tragen und die 12-Stunden-Dienste beibehalten und darüber hinaus auch die Möglichkeit haben, 24-Stunden-Dienste in Rettungswachen mit einer geringen Auslastung der Rettungsmittel umsetzen zu können“, erläutern Lars-Ejnar Sterley, Landesgeschäftsführer des ASB Baden-Württemberg e.V., und sein Stellvertreter und Landesrettungsdienstleiter Daniel Groß.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

22. Juli:

- RLP: Deutsch-amerikanische Zusammenarbeit vereinbart

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

23. Juli:

- Lockheed entwickelt KI-Tools für DARPA

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

24. Juli:

- ZenDiS auf der UN-Konferenz zu Open-Source-Software

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Politik nicht nur für Boomer

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

23. Juli:

- Digitale Abhängigkeiten

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 10. Juli:](#)

- Helge Schroda von Microsoft zu KI und Cloud in der öffentlichen IT

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 **SUBSCRIBE**

Feuerwehr im Lagezentrum NRW vertreten

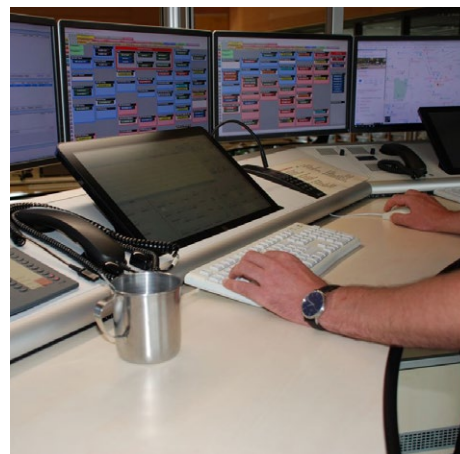
(BS) Neben die polizeiliche Expertise gesellt sich nun im Lagezentrum der Landesregierung im Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen auch feuerwehrtechnische Expertise. Ab sofort unterstützen zwei Feuerwehrkräfte 20 Polizistinnen und Polizisten in dem Lagezentrum.

Die beiden Feuerwehrkräfte sind Hauptbrandmeisterin Sabrina Renkawitz und Hauptbrandmeister Magnus Stoll. Beide waren zuvor mehrere Jahre in den Leitstellen Berufsfeuerwehren Oberhausen und Mönchengladbach tätig. Ihre Aufgabe im Lagezentrum ist es, Informationen, die von den Brand- und Katastrophenschutzbehörden, aber auch von Polizeibehörden, von anderen Ländern oder vom Bund eingehen, zu sichten, zu bewerten und weiterzuleiten. Weitere Aufgaben sind die Steuerung von nationalen oder internationalen Hilfeleistungssuchen innerhalb des Landes sowie

die Bereitstellung von Informationen für das Krisenmanagement der Landesregierung. Die beiden Feuerwehrleute arbeiten im rund um die Uhr besetzten Lagezentrum im Wechselschichtdienst eng zusammen mit den Polizistinnen und Polizisten. Perspektivisch sollen noch bis zu vier weitere Feuerwehrbeamtinnen und -beamte eingestellt werden.

Die Entscheidung, das Personal des Lagezentrums um Feuerwehrbeamtinnen und -beamte zu ergänzen, fiel nach der Flutkatastrophe 2021 und war ein Punkt des Berichts des nach der Flut eingesetzte Kompetenzteams Katastrophenschutz.

„Das Lagezentrum ist der Kopf eines großen Einsatzgeschehens im Land. Hier laufen alle wichtigen Meldungen der Bezirksregierungen, des Deutschen Wetterdienstes und vieler anderer Behörden zusammen, werden bewertet und weiterverteilt. Ich bin



Aufgabe der Feuerwehrkräfte im Lagezentrum ist es u. a., Informationen zu sichten (Symbolbild)

Foto: BS/Biskup-Klawon

froh, dass wir zwei kompetente Kollegengewinnen konnten, die das Team erweitern“, erklärte Innenminister Herbert Reul (CDU).





Netze BW
Sparte Dienstleistungen

GPS-Notruf der Netze BW

Das kompakte GPS-Notrufgerät bietet alleinarbeitenden Mitarbeiter*innen unauffälligen Schutz in Notlagen. Je nach Gefahrensituation kann durch ein Zeitfenster- oder Direktalarm über unsere moderne Notruf- und Serviceleitstelle eine individualisierte Rettungskette ausgelöst werden. Die ideale Schutzausrüstung für gefährdete Mitarbeiter*innen von Unternehmen, der Justiz oder kommunalen Verwaltungen.

Netze BW GmbH, Sparte Dienstleistungen
Telefon 0711 289-47470, gpsnotruf@netze-bw.de
www.netze-bw.de/gpsnotruf

Ein Unternehmen der EnBW

Besser Leben retten

(BS/Thomas Hofmann) Der Rettungsdienst unterliegt einem stetigen Wandel. Medizinische, soziale, einsatztaktische, technische und politische Entwicklungen und Ausdifferenzierungen steigern kontinuierlich die Komplexität der dort stattfindenden Tätigkeiten. Dieser Entwicklung ist die Evolution des Berufsbildes von der Rettungssanitäterin oder -sanitäter über die Rettungsassistentin oder -assistent, hin zum Notfallsanitäter im Wesentlichen geschuldet. Die damit verbundene Professionalisierung des Berufsbildes und der Tätigkeit findet in der Intention einer (Teil-)Akademisierung der Tätigkeit ihren vorläufigen Höhepunkt.

Die (Teil-)Akademisierung bezieht sich dabei aber nicht nur auf eine andere oder zusätzliche Art der Ausbildung, sondern auch klar auf die Schaffung einer eigenen wissenschaftlichen Fachdisziplin. Hochschulische Ausbildung geschieht dabei nicht im bezugslosen Raum, sondern benötigt eine Wissenschaftsdisziplin, die Inhalte, Methoden aber auch Theorien und (Meta-)Paradigmen zur Verfügung stellt. Die Rettungswissenschaften stellen diese wissenschaftliche Fachdisziplin für die im Rettungsdienst beruflichen Tätigkeiten dar. Dieser Beitrag soll einen kurzen Überblick über die noch junge Disziplin geben.

Die Wissenschaft beim Retten

Aktuell wird diese Disziplin sowohl als Rettungswissenschaft (Singular) wie auch als Rettungswissenschaften (Plural) bezeichnet. Die Unterschiede darin sind eher



Modell der Rettungswissenschaften nach Prescher et al. (2023)

Foto: BS/Deutsche Gesellschaft für Rettungswissenschaften e. V.

theoretischer Natur, gemeint ist in beiden Fällen die Wissenschaft, die als Hauptgegenstand die Phänomene „Rettung“ und „Notfallversorgung“ beinhaltet. Abbildung 1 zeigt die Forschungsfelder sowie die forschungsleitenden Paradigmen der Rettungswissenschaften. Im Zentrum stehen die o.g. Phänomene, die die

zentrale Tätigkeit, der im Rettungsdienst Beschäftigten darstellt. Von diesem Zentrum gehen wie Blütenblätter die Themenfelder „Bildung“, „System und Organisation“, „Management und Führung“ sowie „Versorgungsforschung“ ab. Diese Forschungsfelder zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Inhalte sehr nah am Zentrum und damit am Kern der Rettungswissenschaften aber auch ganz außerhalb des eigentlichen Modells liegen können. Dadurch wird das Modell der Tatsache gerecht, dass es selbstverständlich beispielsweise Bildungsforschung ohne unmittelbaren Bezug zum Rettungsdienst gibt. Quer zu diesen laufen die Forschungsfelder „Professionalisierung“ und „Wissenschaftstheorie“, welche Einfluss auf alle anderen Forschungsfelder haben. Weiterhin stellt das Modell die Paradigmen der Handlungs-, Anwendungs-, Reflexions- und Berufsfeldorientierung dar.

Die Rettungswissenschaften begreifen sich damit als Wissenschaft, welche Elemente aus verschiedenen Bezugswissenschaften durch den Bezug auf „Retten und Notfallversorgung“ vereint. Weiterhin ist sie als ganzheitliche Disziplin für die Tätigkeit im Rettungsdienst zu sehen und nicht allein fokussiert auf medizinische Aspekte.

Keine Verkürzung der Debatte

Die Diskussion um die (Teil-)Akademisierung des Rettungsdienstpersonals allein



Thomas Hofmann ist Notfallsanitäter und Rettungswissenschaftler. Er leitet den Studiengang Rettungswissenschaften an der HSD Hochschule Döpfner und ist Teil des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Rettungswissenschaften e. V.

Foto: BS/FRAITAG-9707

auf die medizinisch-fachlichen Kompetenzen oder gar nur auf das Durchführen von (weiteren) invasiven Maßnahmen zu reduzieren, wird daher weder der Disziplin noch der komplexen Tätigkeit gerecht. Beispielsweise beinhaltet der erste rettungswissenschaftliche Studiengang mit Fokus auf die Versorgung von Patientinnen und Patienten auch Inhalte wie Clinical Reasoning, Evidenzbasierte Praxis, Forschungsmethoden oder Public Health und bietet damit gute Voraussetzungen, um sich selbständig und eigenverantwortlich allen Aspekten der rettungsdienstlichen Versorgung von Patienten zu widmen.

Die noch jungen Rettungswissenschaften bilden das inhaltliche, methodische und theoretische Fundament der (Teil-)Akademisierung des Rettungsdienstfachpersonals. Sie verstehen sich als umfassenden und ganzheitlichen Ansatz und inkludieren die Inhalte relevanter Bezugswissenschaften. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die Rettungswissenschaften sich selbst weiterentwickeln und zunehmend stabiler und fundierter in der Generierung von Erkenntnis und Wissen werden.

Weitere Informationen oder Quellenangaben können beim Verfasser erfragt werden: t.hofmann@hs-doeppfer.de

420 Maßnahmen auf dem Weg

(BS) Der Umsetzungsplan der deutschen Resilienzstrategie wurde durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) veröffentlicht. Bisher wurden demnach mehr als 420 Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht. Allein das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat über 70 Maßnahmen zum Umsetzungsplan beigetragen.

Beispiele dafür sind Selbstschutz und Selbsthilfe, die Risikoanalyse des Bundes im Zivilschutz, die Weiterentwicklung der Konzeption Zivile Verteidigung und der länder- und ressortübergreifenden Krisenmanagementübung LÜKEX, die Mitwirkung im Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz sowie die Beschaffung von Einsatzfahrzeugen im Rahmen der ergänzenden Ausstattung.

Die Gleichzeitigkeit von Krisen

„Wir leben in besonderen Zeiten, in denen wir uns mit Krieg, Klimawandel und vielen weiteren Krisen gleichzeitig auseinandersetzen müssen. Der Bevölkerungsschutz gehört zum Fundament einer resilienten Gesellschaft. Das BBK leistet einen wichtigen Beitrag dazu. Dies wird auch durch die Maßnahmen des BBKs im Umsetzungsplan der Resilienzstrategie deutlich“, erklärte dazu BBK-Präsident Ralph Tiesler.

Die Resilienzstrategie – vollständig die Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen – wurde im Juli 2022 als ganzheitlichen Ansatz im Umgang mit Risiken und Krisen erstellt. Die Fäden bei der Erarbeitung liefen in der Nationalen Kontaktstelle (NKS) für die deutsche Resilienzstrategie und das Sendai Rahmenwerk beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammen. Seitdem haben alle Bundesministerien unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) gemeinsam den „Umsetzungsplan der Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ erarbeitet

Schwerpunkt der Umsetzung 2024/25

Die fünf Handlungsfelder der Strategie sind „Das Katastrophenrisiko verstehen“,



Zwei Jahre nach Verabschiedung der Strategie kommt ein Umsetzungsplan.

Foto: BS/BBK

„Die Institutionen stärken, um das Katastrophenrisiko zu steuern“, „In die Katastrophenvorsorge investieren, um die Resilienz zu stärken“, „Die Vorbereitung auf den Katastrophenfall verbessern und einen besseren Wiederaufbau ermöglichen“ und „Internationale Zusammenarbeit“. Ein Großteil der Maßnahmen soll schwerpunktmäßig im Zeitraum 2024 und 2025 umgesetzt werden. Diese Maßnahmen beschäftigen sich mit einer Vielzahl an spezifischen Gefahren wie Stromausfällen, Landdegradation, Hackerangriffen oder Starkregen. Mehr als ein Drittel der Maßnahmen berücksichtigen jedoch den sogenannten All-Gefahren-Ansatz, d.h. sie beziehen in der Umsetzung alle denkbaren Gefahren mit ein, unabhängig davon, ob sie natürlich oder menschengemacht sind.

Den Umsetzungsplan finden Sie [hier](#).

Die Resilienzstrategie finden Sie [hier](#).

Funk ohne China

(BS) Nach Angaben der Bundesregierung sind keine Komponenten von chinesischen Herstellern in der Infrastruktur des Digitalfunks der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) verbaut. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion hervor ([Drucksache 20/12260](#)).

Die Bundesbehörden wie z. B. Bundespolizei, das Bundeskriminalamt (BKA), die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die Bundeszollverwaltung oder das Bundesamt für Verfassungsschutz setzten zudem keine Digitalfunkengeräte von Herstellern ein, die bekannte Verbindungen zu chinesischen Unternehmen haben.

Zudem teilt die Bundesregierung auf die Frage, wann eine finale Entscheidung hinsichtlich chinesischer Komponenten im deutschen Mobilfunknetz getroffen wird, mit, dass das durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) geführte Verfahren nach Paragraph 9b Absatz 4 des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) noch nicht abgeschlossen sei. Dieser Paragraph regelt die Untersagung des Einsatzes von kritischen Komponenten.



Keine chinesische Technik verbaut: deutsche Funkgeräte (Symbolbild).

Foto: BS/Lawrie Richardson, [pixabay.com](#)



Schlosshotel Monrepos, Ludwigsburg

Informationen und Anmeldung unter www.kommunale-verkehrssicherheit.de | www.kommunale-ordnung.de

Veranstaltungen des
Behörden Spiegel

Feuerwehren und DRK: Positive Bilanz nach EURO 2024

(BS) Die Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF Bund) und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) haben einen positiven Schlusstrich unter die Fußballeuropameisterschaft der Männer gezogen. Glücklicherweise mussten nur kleinere Einsatzlagen abgearbeitet werden.

Zur Vorbereitung hatten sich die zehn Berufsfeuerwehren der Austragungsstädte unter dem Dach von AGBF und DFV zu einem Arbeitskreis zusammengeschlossen. Die hierbei definierten Schutzziele mündeten in ein integriertes Sicherheits- und Gefahrenabwehrkonzept, welches den örtlichen Einsatzplanungen zu Grunde lag. Die Einsatzvorbereitung habe gut funktioniert, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Kein Großeinsatz im Rahmen der EM2024

Wie AGBF und DFV mitteilen, mussten nur kleinere Einsätze bewältigt werden. Die Einsätze reichten von medizinischen Notfällen, ausgelösten Brandmeldeanlagen und Fettbränden bis hin zur Entfernung eines verirrtten Bienenvolks am Spielfeldrand.

Um die Sicherheit zu gewährleisten, waren ehren- und hauptamtliche Einsatzkräfte aus allen Bereichen des Bevölkerungsschutzes eingebunden. An allen Spieltagen standen auch Bundeseinheiten zur Analytik und Identifikation von Gefahrstoffen (Analytische Task Force - ATF) an den Spielorten

bereit. „Die Vorhaltung der überregionalen Einsatzkräfte und Einheiten hatte zum Ziel, jederzeit schnell und umfassend reagieren und helfen zu können. Hierfür gilt mein besonderer Dank allen Einsatzkräften, welche stets professionell und voller Engagement zur Stelle waren und somit zum Gelingen dieses einzigartigen Großevents beigetragen haben“, resümierte Leitender Branddirektor Markus Heber von der Berufsfeuerwehr Stuttgart und zugleich der Vorsitzende des Arbeitskreises EM 2024.

Konzepte auch für die Zukunft

„Neben dem Dank an alle Einsatzkräfte für die großartige Leistung gilt mein besonderer Dank auch den Arbeitgebern unserer ehrenamtlichen Einsatzkräfte für deren Freistellung von ihrer beruflichen Tätigkeit. Diese Bereitschaft ermöglichte es, die notwendigen Vorhaltungen treffen und das Schutzniveau herstellen zu können“, ergänzte DFV-Präsident Karl-Heinz Banse. Die Vorplanungen und Einsatzkonzepte sollen auch in Zukunft Anwendung finden.

Über 14.700 Einsatzstunden in der Hauptstadt

Der Berliner Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) zieht eine positive Bilanz der sanitätsdienstlichen Absicherung des Großereignisses. In mehr als 14.700 Einsatzstunden führten Kräfte mehr als 1.440 medizinische Versorgungen und Betreuungsdurch. Der Sanitätsdienst wur-

de bei allen Übertragungen auf der Fanzone am Brandenburger Tor und den Partien im Olympiastadion geleistet. Zudem führten die DRK-Kräfte die Absicherung zusätzlicher Veranstaltungen wie Fan-Meeting-Points sowie die Koordinierung der Aktivitäten im Lage- und Einsatzzentrum durch.

Knapp 1.000 Personen versorgt

Auf der Fanzone am Brandenburger Tor waren zwischen dem Eröffnungskonzert am 12. Juni und dem Finale am 14. Juli über 960 Helferinnen und Helfer mehr als 9.600 Stunden im Einsatz. In Summe wurden 964 Personen versorgt. 50 Personen mussten im Krankenhaus weiterbehandelt werden.

Im Olympiastadion Berlin kooperierte das DRK mit dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Regionalverband Berlin-Nordwest. An den sechs Spieltagen standen jeweils über 100 Kräfte bereit. Insgesamt wurde 479-mal geholfen, wobei Herz-Kreislauf-Probleme zu den häufigsten Gründen gehörten. 27 dieser Fälle führten zu einem Transport ins Krankenhaus.

„Im Großen und Ganzen war es ein friedliches Fußballfest und ein sehr gut strukturierter Einsatz für unsere Helferinnen und Helfer. Wann immer wir gebraucht wurden, waren wir zur Stelle und konnten rasch Unterstützung leisten. Insofern ist unser Konzept voll aufgegangen“, resümiert Lee-J. Schumann, Bereichsleiter für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz im Berliner Roten Kreuz.

25.–26. September 2024

Ludwigsburg



SYMPOSIUM
FOKUS
KOMMUNE

Zeitenwende für die Mobilität in Stadt und Land?

Weitere Information unter www.fokus-kommune.de




Foto: adobe/firefly

Berliner Feuerwehr: Ein guter Grundstein

(BS) Rettungskräfte und Feuerwehren haben allerorts in Deutschland mehr zu tun, sei es auf Grund von zunehmenden Katastrophenlagen oder extremen Temperaturen. Personalmangel herrscht dabei ebenfalls überall und die Strukturen der Rettungskräfte müssen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. In der neuen Jahresstatistik von 2023 zeigt die Berliner Feuerwehr, dass sie hier auf einem guten Weg ist – auch wenn es noch einiges zu tun gibt.

Dass es mehr Einsätze als je zuvor sind, belegen auch die Zahlen, die die Berliner Feuerwehr bereitstellt. Denn wie auch 2022 wurde die Hauptstadt-Feuerwehr zu mehr als einer halben Million Einsätze gerufen. Auch die Zahl der eingegangenen Notrufe blieb mit rund 1,2 Millionen unverändert hoch. Trotz der hohen Zahlen konnte die angespannte Lage für die Rettungsdienste allerdings etwas entlastet werden, wie man dem Bericht entnehmen kann. Gerade durch die strukturellen Weiterentwicklungen, die durch die beschlossene Fahrzeug- und Besetzungsabweichungsverordnung Rettungsdienst (RDAbweichV) möglich gemacht wurden, konnte eine weitere Verschärfung verhindert werden. Auch die Anschaffung von insgesamt 35 weiteren Rettungswagen-X (RTW-X) zur regionalen Spitzenbedarfsabdeckung hat zu einer reduzierten Belastung beigetragen. Zusätz-



Die Einsätze in der deutschen Hauptstadt bleiben auf hohem Niveau.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr

lich ist auch der erste E-Rettungswagen in Betrieb genommen worden, um zur Minderung von CO₂-Emissionen beizutragen.

Um auch in Zukunft handlungsfähig zu sein, konnten 2023 wichtige Meilensteine gesetzt werden, unter anderem für die neue kooperative Leitstelle, neue Feuerwachen oder das geplante moderne Ausbildungszentrum auf dem TXL-Gelände. Letzteres soll auch dabei helfen, die angespannte Personaldecke zu stärken und bei der Ge-

winnung von Nachwuchs zu helfen. Hier konnten immerhin die Zahlen von 2022 etwas angehoben werden, denn mit 871 Nachwuchskräften in Ausbildung sind es knapp 30 mehr als im Vorjahr.

Doch selbst mit mehr Auszubildenden geht es nicht ohne die rund 1.500 Helferinnen und Helfer der Freiwilligen Feuerwehr. Auch hier gab es eine Stärkung durch zehn neue Löschfahrzeuge für die Arbeit des Katastrophenschutzes und eine neue Jugendfeuerwehr hat sich in Charlottenburg gegründet.

Der Jahresbericht 2023 dokumentiert die komplexen Herausforderungen an eine moderne Großstadtfeuerwehr, die durch eine in ständigem Wachstum und Wandel befindliche Stadt und ihrer Gesellschaft erzeugt würden. Alle Bereiche, also Personalgewinnung, Ausbildung und moderne Technik, müssten sich hieran anpassen und weiterentwickelt werden, erklärt Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen. „Mit der Strategie 2030 haben wir dafür die Voraussetzungen geschaffen. Der Jahresbericht zeigt, dass wir auf diesem Weg planmäßig und erfolgreich vorangekommen sind. Denn für die Angehörigen der Berliner Feuerwehr gibt es nur eine Priorität: Die Sicherheit aller Menschen in Berlin.“

Der Jahresbericht 2023 der Berliner Feuerwehr findet sich [hier](#).

Kooperationsvertrag zum Ehrenamt unterzeichnet

(BS) Die Berliner Feuerwehr und die Fördervereine der Freiwilligen Feuerwehren Heinersdorf und Hellersdorf haben zwei Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet. Diese sollen die ersten Vereinbarungen zur Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen und unterstützenden Vereinen modernisieren sowie die Bürokratie dabei abbauen.

Im Sinne der haushaltsrechtlichen Bestimmungen mussten bisher sämtliche Spenden z. B. von Vereinen und auch zweckgebundene Spenden Dritter an die Berliner Feuerwehr von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInns) genehmigt werden.

Ein Freibetrag wurde der Berliner Feuerwehr bisher nicht eingeräumt, so dass die Vorgehensweise unabhängig der Spendensumme anzuwenden ist. Bei Zuwendungen führte dies gerade für die zahlreichen Fördervereine der Freiwilligen Feuerwehren in Berlin zu einem hohen verwaltungstechnischen Aufwand.

Weniger Aufwand, ein Freibetrag und solide rechtliche Basis

Mit den neuen Vereinbarungen soll die Zusammenarbeit der Berliner Feuerwehr und den beiden Fördervereinen künftig auf einer soliden rechtlichen Basis fußen. Der

bürokratische Aufwand für Spenden und Unterstützungsleistungen werde erheblich reduziert. Es wird ein Freibetrag der Spenden von bis zu 3.000 Euro pro Einzelfall eingeführt.

„Es war hier längst überfällig die bürokratischen Prozesse abzubauen und zu optimieren, sodass der Fokus auf das Wesentliche gelegt werden kann. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarungen haben wir heute einen maßgeblichen Teil dazu beigetragen und den Weg für ein zukünftiges Hand in Hand arbeiten geebnet“, erklärte Berliner Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen.

WEB-KONFERENZ

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 2024

10.–11. September

Lernen in und aus der Dauerlage

AUS UNSEREM PROGRAMM

10. September, 14:05 Uhr

DEBATTE:

Katastrophendemenz in der deutschen Politik?

u.a. mit:

- » **Albrecht Broemme**, THW-Präsident a. D.
- » **Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich**, Fachgebietsleiter, Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit, Universität Wuppertal
- » **Leon Eckert**, Mitglied des Deutschen Bundestages
- » **Cornelia Weigand**, Landrätin, Kreis Ahrweiler

www.katastrophenschutzkongress.de

Behörden Spiegel

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerden Spiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.